

Sehr geehrte Damen und Herren,

ÖkoLinX-Antirassistische Linke steht für eine soziale und ökologische Politik sowie konsequent gegen den Rechtsruck und die ihn tragenden Ideologien wie Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus.

Dieses Jahr haben wir uns dafür entschieden, keine Anträge in die Haushaltsberatungen einzubringen. Die Gründe werden wir nun erläutern und anschließend eine Perspektive im Sinne unserer inhaltlichen Grundausrichtung aufzeigen.

Die Geschichte der Bundesrepublik zeigt, dass freiheitliche, soziale, ökologische und demokratische Verbesserungen nicht von staatlichen Gremien ausgehen, sondern von außerparlamentarischen Bewegungen. Die Erfolge der 68er-Bewegung, der Anti-Atomkraft-Bewegung der 1970er-Jahre und die Errungenschaften der Frauen-, Homosexuellen- und Queer-Bewegungen seien hier beispielhaft genannt. Die historischen Erfolge der Arbeiterbewegung gehen ebenfalls auf außerparlamentarischen Widerstand zurück und nicht auf Gremiendebatten oder Wahlen.

Auch auf kommunaler Ebene hat sich das in den vergangenen dreieinhalb Jahren bestätigt: Wenn sich Bürger*innen organisieren und Druck aufbauen, können sie etwas verbessern oder zumindest Verschlechterungen aufhalten oder abmildern. Nach der Wahl 2014 gab es im Gemeinderat keine Mehrheit, um einen Jugendgemeinderat einzuführen – vor allem nicht in der Form wie wir ihn jetzt haben. Erst als engagierte Schülerinnen und Schüler selbst die Initiative ergriffen haben und am Ball geblieben sind, wendete sich das Blatt.

Als der Gemeinderat vor einem Jahr die Kita-Gebührenerhöhung beschlossen hat – wir haben selbstverständlich dagegen gestimmt – haben die Elternproteste zumindest bewirkt, dass die Erhöhung geringer ausfiel als geplant.

Die Bürgerinnen und Bürger in Eglosheim haben es sogar geschafft, den Bau der H4B4 komplett zu verhindern.

Vor einem Jahr hat der Gemeinderat tatsächlich mal einen guten Beschluss zum Ein-Euro-Ticket gefasst. Dem vorangegangen war ein gemeinsamer Antrag von SPD, Grünen, Luba und ÖkoLinX sowie eine Unterschriftensammelaktion der SPD. Die Verwaltung war gegen das Ein-Euro-Ticket. Wie praktisch, dass die Verhandlungen mit dem VVS gescheitert sind und damit ein Beschluss des Gemeinderats einfach vom Tisch war. Wenn die Verwaltung hingegen etwas wirklich will, dann verlaufen ihre Verhandlungen merkwürdigerweise meist sehr erfolgreich. Ein günstigerer und langfristig kostenloser ÖPNV und eine autofreie Innenstadt bleiben wichtige Ziele. Wir sehen jedoch keinen Sinn darin, Anträge einzubringen, die auch dann nicht umgesetzt werden, wenn sie eine Mehrheit finden.

Wir wollen hier keineswegs die Verantwortung auf die Bürger*innen abwälzen. Jedoch können wir soziale und ökologische Verbesserungen nur gemeinsam mit einer außerparlamentarischen Bewegung durchsetzen. Blöd für uns, dass es eine solche derzeit nicht gibt. Deshalb werden wir in den kommenden Monaten daran arbeiten, das zu ändern.

Eines der wichtigsten und dringlichsten Themen ist nach wie vor Wohnen. Das Kernproblem ist, dass Wohnungen und Häuser – wie alles andere auch – als Ware, also für den Profit produziert werden. Das Bedürfnis der Menschen, ein Dach über dem Kopf zu haben, ist nicht der Grund warum Wohnungen gebaut werden, sondern nur Mittel zum Zweck, um möglichst viel Gewinn herauszuholen. Wir haben es hier nicht mit moralischen Verfehlungen, sondern mit systemimmanenten Interessensgegensätzen zu tun: Das Interesse der Profitmaximierung gegen das Interesse möglichst bezahlbar zu wohnen. Selbst wenn der politische Wille ausreichend vorhanden wäre, ist hier der Spielraum kommunaler Gremien begrenzt. Daher muss eine außerparlamentarische Offensive über kommunalpolitische Aspekte hinausgehen und die Macht von Bau- und Immobilienfirmen sowie von Spekulanten zurückdrängen.

Hierbei ist ein gemeinsamer Kampf von Geflüchteten und Mieter*innen unerlässlich, unabhängig von Nationalität und Herkunft. Er leitet sich logisch aus der gemeinsamen Interessenslage ab, nämlich auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen zu sein. Wir lehnen die Spaltung anhand von Nationalität oder Fluchterfahrung konsequent ab.

Der gesamtgesellschaftliche Trend geht hingegen in eine ganz andere Richtung. Inzwischen sitzt mit der AfD eine mittlerweile „fast faschistische“ Partei im Bundestag. Auch alle anderen im Bundestag vertretenen Parteien sind mittlerweile Teil des politischen Rechtsrucks. Das wird vor allem an der immer tödlicheren Abschottungs- und Abschiebepolitik deutlich sowie an Äußerungen von Spitzenpolitiker*innen der Parteien nach der Bundestagswahl. Die jeweiligen Zitate hier aufzuführen, würde den Rahmen sprengen. Wer Interesse daran hat, meine Aussage anzweifelt oder für übertrieben hält, kann sich gerne nachher an mich wenden. Wir bestreiten nicht, dass sich

Mitglieder verschiedener Parteien für Geflüchtete und gegen Rassismus engagieren. Doch man kann nicht den Rechtsruck bekämpfen wollen, aber gleichzeitig Teil von ihm sein. Auf kommunaler Ebene heißt dies auch, in der Diskussion um die Unterbringung von Geflüchteten klare Kante gegen rassistische und geflüchteten-feindliche Tendenzen zu zeigen.

Dasselbe Wirtschaftssystem, das hier für relative Armut und teure Mieten sorgt, treibt anderswo Millionen von Menschen in die Flucht oder den Hungertod. Die soziale Frage und die Solidarität mit Geflüchteten stehen sich also nicht entgegen, sondern gehören untrennbar zusammen. In diesem Sinne laden wir alle, die diese Ziele mit uns teilen, dazu ein, gemeinsam mit uns aktiv zu werden für eine soziale und ökologische Offensive in Verbindung mit dem Kampf gegen den Rechtsruck.

Wir beteiligen uns natürlich trotzdem im Sinne unserer inhaltlichen Überzeugungen an den kommenden Diskussionen in den Haushaltsberatungen.